



Nr. 21

27. Mai 2021

Inhalt

dbb frauen

[„Berliner Erklärung“: Gleichstellung zum Durchbruch verhelfen](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

[Spitzengespräch zur Attraktivität des öffentlichen Dienstes](#)

Saarland

[Dialog „Zukunftssichere Landesverwaltung“ fortgesetzt](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

[Deutschen Bahn muss im Tarifkonflikt nachbessern](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Politik soll jetzt Bedingungen für das neue Schuljahr schaffen](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Mehr Schutzräume für Kinder und Jugendliche schaffen](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb frauen

„Berliner Erklärung“: Gleichstellung zum Durchbruch verhelfen

Das Bündnis „Berliner Erklärung“ will der Gleichstellung der Geschlechter zum Durchbruch verhelfen. Auch die dbb bundesfrauenvertretung ist dabei.

Die Berliner Erklärung ist ein überparteiliches und gesellschaftliches Bündnis von Frauen und Männern aus Politik, Verbänden, Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und Forschung, Kultur und Medien, das jetzt im Vorfeld der anstehenden Bundestagswahl konkrete Forderungen an die Politik vorgelegt hat. Auch die dbb bundesfrauenvertretung ist dem Bündnis jüngst beigetreten. „Unsere vier Hauptforderungen lauten Parität in allen gesellschaftlichen Bereichen, gleiche Bezahlung und gleiche Bedingungen in der Arbeitswelt, Gleichstellung als Leitprinzip in allen Politikfeldern und für alle Frauen ein Leben frei von Gewalt“, fasste Milanie Kreutz, Vorsitzende der

dbb frauen, den ersten Aufschlag des Bündnisses zusammen. „Wir freuen uns sehr, dass wir gemeinsam mit den insgesamt 23 Initiatorinnen die Berliner Erklärung gestalten können – vor allem auch im Sinne der Frauen im öffentlichen Dienst. Mit dem Bündnis setzen wir und viele andere engagierte Frauenorganisationen ein Zeichen dafür, dass wir gemeinsam stärker sind“, so Kreutz.

Mehr Informationen zu dem Bündnis gibt es unter berlinererklaerung.de.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

Spitzengespräch zur Attraktivität des öffentlichen Dienstes

Ein Spitzengespräch des DBB NRW mit Ministerpräsident Armin Laschet und Finanzminister Lutz Lienenkämper zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes hat keine Fortschritte gebracht. „Gute Zusammenarbeit sieht anders aus“, so dbb Landeschef Roland Staude.

Bereits seit Mai 2020 diskutieren gewerkschaftliche Spitzenverbände und Landesregierung, wie sich die Attraktivität des öffentlichen Dienstes steigern lässt. Zu verschiedenen Aspekten wurden auch Arbeitsgruppen gebildet. Geradezu gebetsmühlenartig habe der DBB NRW seitdem seine Vorstellungen bei allen Gesprächen immer wieder vorgetragen. „Das Ergebnis ist gleich null“, hieß es nun aber am 20. Mai 2021 vom dbb Landesbund. „Dabei sollte gerade die Attraktivitätssteigerung ein Kernanliegen nicht nur der Gewerkschaften, sondern auch der Landesregierung sein. 15.000 Leerstellen und keine Besserung in Sicht. Das macht deutlich, dass der öffentliche Dienst ein klares Attraktivitätsproblem hat. Auch die demografische Entwicklung verschärft die trüben Aussichten für einen zukunftsfähigen öffentlichen Dienst in NRW.“

Der Fokus der Gespräche sollte eigentlich insbesondere auf der Arbeitszeitgestaltung und den Belangen besonders belasteter Berufsgruppen liegen. Doch statt einer konstruktiven

Zusammenarbeit seien den Gewerkschaften fertige Konzepte angeboten worden. „Wir konnten zwar unsere Vorschläge und Forderungen vortragen, eine echte inhaltliche Auseinandersetzung damit ist jedoch offensichtlich nicht erfolgt“, so Roland Staude. „Anders ist es nicht zu erklären, dass nicht ein einziger Vorschlag Einzug in das nun vorgelegte Eckpunkt Papier gefunden hat.“ Ganz im Gegenteil stelle das Papier ein „Sammelsurium an Kleinigkeiten“ dar, das bereits umgesetzte oder schon geplante Maßnahmen zusammenfasst. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe spiegelte das Papier dagegen nicht wider.

Auffällig sei zudem, dass mindestens zwei wichtige Punkte darin fehlen, deren Umsetzung die Landesregierung jedoch selbst angekündigt habe:

Erstens die Sicherung von Überstunden vor dem Verfall, dies war insbesondere zu Beginn der Corona-Krise angekündigt worden. Grundsätzlich habe es zwar bereits im Vorfeld Regelungen gegeben, die das verhindern sollten,

dennoch würden jedes Jahr bis zu 70.000 Überstunden (entsprechen rund 40 Vollzeitstellen) verfallen. Bestrebungen, das Problem grundsätzlich zu lösen, gebe es bisher trotzdem nicht.

Zweitens hätten sich die Regierungsparteien im Koalitionsvertrag darauf verständigt, sich für die Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst einzusetzen. Die Landesregierung hatte dies auch in einer Mitteilung an den Landtag im März 2018 angekündigt. Geschehen sei seit der Abschaffung der umstrittenen alten Regelung zur Frauenförderung im Sommer 2017 jedoch nichts.

Außerdem werde in dem Eckpunktepapier das Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ nicht aufgegriffen, bemängelte der DBB NRW. Hier habe man gefordert, die Regelung aus der Arbeitszeitverordnung des Bundes zu übernehmen, nach der die Arbeitszeit von Beamtinnen und Beamten mit Kindern unter 12 Jahren beziehungsweise mit pflegebedürftigen Angehörigen um eine Stunde auf 40 Stunden auf Antrag verkürzt wird (§3 AVZ Bund). „Damit hätte wenigstens ein kleines Signal an die Beamtinnen und Beamten gesendet werden können, nachdem die Landesregierung die Rücknahme der eigentlich befristeten Arbeitszeiterhöhung schon nicht für alle Beschäftigten umsetzen möchte“, so Roland Staude.

Als „durchwachsen“ bewertete der Vorsitzende des DBB NRW dann entsprechend sowohl die bisherigen Gespräche als auch deren Ergebnisse: „Die Einführung von Langzeitarbeitskonten ist zwar ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Flexibilität für Beschäftigte, die geplante Ausgestaltung lässt jedoch zu wünschen übrig.“ Gleiches gelte für das Thema „Mobile Arbeit“. Statt mit der Normierung eines Anspruchs auf pflichtgemäße Ermessensausübung eine absolute Minimallösung anzukündigen, hätte vielmehr die konkrete Ausgestaltung der Arbeit von Zuhause in den Blick genommen werden müssen. Die Dimension dieses Themas habe die Landesregierung aber offenbar nicht erkannt oder erkennen wollen. „Ein ‚Weiter so‘ der aktuellen, pandemiebedingten Zustände beim Homeoffice kann und darf es nach der Pandemie nicht mehr geben“, so Roland Staude. „Statt sich mit der Bezeichnung als ‚Mobile Arbeit‘ einen schlanken Fuß bei den Themen Arbeits-, Gesundheits- und Datenschutz sowie bei der technischen Ausstattung zu machen, müssen klare, zukunftsfähige Regelungen erarbeitet werden. Denn es muss jedem klar sein, dass hybride Arbeitsformen auch nach der Corona-Pandemie gefragt sein werden.“ Der Landesbundvorsitzende schlägt deshalb vor, das Thema „Homeoffice“ in einer separaten Arbeitsgruppe zu behandeln. Als Voraussetzung dafür sieht er jedoch, dass von Seiten der Landesregierung eine wirkliche Zusammenarbeit gewünscht ist.

Saarland

Dialog „Zukunftssichere Landesverwaltung“ fortgesetzt

In Gesprächen mit Ministerpräsident Tobias Hans und Finanzminister Peter Strobel zur „Zukunftssicheren Landesverwaltung“ hat dbb Landeschef Ewald Linn betont, dass sich die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gerade in der Corona-Pandemie als verlässliche Stütze der Gesellschaft erwiesen haben.

Viele Kolleginnen und Kollegen hätten in den vergangenen 14 Monaten einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung der Corona Krise geleistet, beispielsweise durch freiwillige Arbeit in Krisenstäben. Nachdem die Beschäftigten in den letzten elf Jahren aufgrund von Einsparungen zur Umsetzung der Schuldenbremse auf Vieles verzichten mussten, hätten sie nun umso mehr andauernde Wertschätzung verdient, erklärte Linn am 20. Mai 2021.

„Es reicht nicht aus, dass der Dienstherr optimale Rahmenbedingungen schafft, um die

Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiterzuentwickeln, sondern wir benötigen auch ein landesweites Konzept für eine ausreichende Ausbildung des Nachwuchses sowie für die Bewältigung der Herausforderungen im Zuge der zunehmenden Digitalisierung. Darüber hinaus erwarten die Beamtinnen und Beamten eine amtsangemessene Alimentation, die der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) und nicht ausschließlich der Haushaltslage des Landes entspricht“, machte der Vorsitzende des dbb saar deutlich.

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) Deutschen Bahn muss im Tarifkonflikt nachbessern

In den Tarifverhandlungen bei der Deutschen Bahn (DB) hat die GDL der Arbeitgeberseite am 24. Mai 2021 umfangreiche Einigungsvorschläge unterbreitet und für den 7. Juni eine weitere Verhandlungsrunde angeboten.

„Bis zu diesem Tag hat der Arbeitgeber Zeit, uns ein verhandelbares Angebot vorzulegen“, so der GDL Bundesvorsitzende und dbb Vize Claus Weselsky. „Sollte dies unterbleiben, betrachten wir die Verhandlungen als gescheitert. Spätestens dann wären auch Arbeitsk Kampfmaßnahmen nicht länger ausgeschlossen.“

Mit Blick auf einen vorangegangenen Vorschlag der Arbeitgeberseite sagte der GDL Chef: „Das Angebot lag sogar noch unter dem Ergebnis der zuvor abgeschlossenen Einigung mit der Hausgewerkschaft und stellte keine ernstzunehmende Grundlage für eine Verhandlung dar. Wir haben die Forderungen unserer Mitglieder verstanden, die auch während der Corona-Pandemie jeden Tag ihren Dienst geleistet haben. Die wirtschaftlichen Schäden

haben definitiv andere zu verantworten als das Personal an der Basis.“

Die Lösungsvorschläge der GDL beinhalteten eine allgemeine Entgelterhöhung in Höhe der des öffentlichen Dienstes, strukturelle Verbesserungen bei der Ausbildervergütung, Beibehaltung der Altersvorsorge, Vereinbarung einer individuellen Jahresschichtplanung, Tarifierung der Wasch- und Umkleidezeiten für die Werkstatt sowie die Anrechnung zusätzlicher Wegezeiten beim Einsatz an unterschiedlichen Einsatzorten (Stellwerke, Bahnhöfe) auf die Arbeitszeit. Dabei bilde der Eisenbahn-Flächentarifvertrag der GDL die Grundlage. „Im Übrigen bleibt die GDL bei der Forderung, alle Mitarbeiter im systemrelevanten Bereich der Eisenbahn zu tarifieren. Dazu zählt auch der direkte Bereich der Verwaltung“, so Weselsky.

Verband Bildung und Erziehung (VBE) Politik soll jetzt Bedingungen für das neue Schuljahr schaffen

„Damit der Schulbetrieb bald wieder normalisiert werden kann, muss jetzt gehandelt werden“, mahnte der VBE Bundesvorsitzende Udo Beckmann am 26. Mai 2021.

„Das viele beschworene Lüften wird aufgrund steigender Temperaturen allein aus physikalischen Gründen nicht mehr den notwendigen Luftaustausch bringen. Länder und Kommunen müssen deshalb nun Pläne dafür entwerfen, wie der Schulbetrieb nach den Sommerferien aussehen soll und die technischen Voraussetzungen für sicheres Lüften auch in der warmen Jahreszeit schaffen. Hier wurde schon viel Zeit vertan. Nur weil die Inzidenzen sinken, können wir uns noch nicht in Sicherheit wägen. Denn die Kinder sind weiterhin nicht zuverlässig geschützt. Wann die Impfung für Kinder ab 12 Jahren zugelassen wird, ist noch nicht klar. Zudem fehlt eine Perspektive für die unter 12-Jährigen. Hinzu kommt, dass viele Lehrkräfte weiterführender Schulen sich jetzt mit allen anderen Impfwilligen einreihen müssen, da noch bevor ihre Priorisierung in Gruppe 3 eingelöst werden konnte, in einigen Bundesländern die Impfreihenfolge aufgehoben wurde. Das trägt nicht zu höherer Sicherheit, sondern zu steigender Unsicherheit bei“, so der VBE Chef.

Mit Blick auf sinkende Inzidenzen könne man den Eindruck gewinnen, die Kultusministerien würden die Corona-Pandemie schon fast für beendet halten, so Beckmann. „Doch die Situation bleibt weiter sehr heterogen. Zwar gibt es sieben Landkreise, die eine Inzidenz unter 20 aufweisen (laut RKI-Dashboard, abgerufen am 19.05.2021 um 16:00 Uhr). So können die Kinder in einzelnen Landkreisen Schleswig-Holsteins auch wieder im ‚Corona-Regelbetrieb‘ in die Schule. Es gibt aber auch immer noch neun Landkreise, die über der Inzidenz von 165 liegen und wo laut Bundesnotbremse die Schulen sogar geschlossen sein oder werden müssen. Bundesweite Diskussionen über die zeitnahe Rückkehr zum Präsenzunterricht in voller Klassenstärke halte ich deshalb für verfrüht.“

Der VBE Bundesvorsitzende wies zudem darauf hin, dass es fahrlässig sei, weiterhin nicht alle technischen Möglichkeiten zu nutzen, um ein möglichst sicheres Schulumfeld zu etablieren. „Nachdem die Empfehlung zum Lüften

ausgegeben wurde, hatte sich dieses Thema seitens der Politik erledigt. Es wurde bereits in dem Fachgespräch mit der KMK (Kultusministerkonferenz, Anm. d. Red.) im Frühjahr 2020 sehr deutlich gemacht, dass Lüften nur dann wirklich effektiv ist, wenn es nennenswerte Temperaturunterschiede zwischen der Raum- und der Außenluft gibt. Mit dem nahenden Sommer vor der Tür muss daher dringend die Nachrüstung der Lernräume mit mobilen oder stationären Lüftungssystemen angegangen werden.“

Beckmann fasst zusammen: „Wir wollen alle zurück in die Normalität. Nach einem Jahr Dauerkrise gehen die Lehrkräfte auf dem

Zahnfleisch. Zudem sehen sie, was im Distanzunterricht nicht aufgefangen werden konnte: Kinder, die es sowieso schon schwer haben, haben während der Krise weiter gelitten. Aber: Ohne die Einhaltung des ‚Dreiklangs des Infektionsschutzes‘ wird es weiter nicht gehen. Davon dürfen die Kultusministerien die Augen nicht verschließen. Wir brauchen 1. Impfangebote für alle Lehrkräfte, 2. mindestens zweimaliges Testen in der Woche, um insbesondere in Gebieten mit einer Inzidenz über 50 das Infektionsgeschehen kontrollieren zu können, und 3. die Umsetzung von Hygienestandards, wozu neben Seife und intakten Sanitäreinrichtungen eben auch qualitativ hochwertige Lüftungssysteme und Luftreiniger gehören.“

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) Mehr Schutzräume für Kinder und Jugendliche schaffen

Die am 26. Mai 2021 vom Bundeskriminalamt (BKA) und dem Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM) vorgestellten Zahlen zu kindlichen Gewaltopfern sind nach Ansicht der DPoIG nicht überraschend, aber erschreckend.

Mit fast 5.000 Fällen von Misshandlungen Schutzbefohlener wurde eine Zunahme um 10 Prozent im Vergleich zu 2019 registriert. 115 Kinder kamen gewaltsam zu Tode, davon 115 jünger als sechs Jahre alt.

Der DPoIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt sagte: „Die Corona-Krise hat die Lage vieler Kinder und Jugendlicher verschärft. Sie sind verstärkt Misshandlungen und Gewalt ausgesetzt. Fehlende Kontrollmechanismen, wie sie Kindergärten, Schule und Vereine normalerweise bieten, begünstigen Täter darin, sich an Schutzbefohlenen zu vergehen. Die Politik, vor allem in den Ländern, hätte bereits zu Beginn der Krise ihre Beratungs- und Hilfsangebote

massiv ausweiten müssen. Das bis jetzt damit gewartet wurde, ist unverantwortlich.“

Die Polizei hingegen habe ihre Hausaufgaben gemacht. Wendt: „So wurde die polizeiliche Opferberatung für Kinder, Frauen und Familien in den letzten Jahren systematisiert. Polizei und Justiz können jedoch nicht allein das Problem der Gewalt im familiären Nahfeld lösen. An dieser Stelle sind auch Politik und Gesellschaft gefordert, ausreichend Schutzräume für Kinder, Jugendliche und Frauen zu schaffen. Außerdem fordern wir als DPoIG mehr interkulturelle Angebote, für den Umgang mit häuslicher Gewalt bei Familien mit Migrationshintergrund.“

Namen und Nachrichten

Am 20. Mai 2021 hat ein weiteres Gespräch über die Bodenverkehrsdienste am Flughafen Frankfurt zwischen dem **dbb** und dem Arbeitgeber Fraport stattgefunden. Die dbb Verhandlungskommission nutzte den Termin, um zahlreiche offene Punkte im Zusammenhang mit der vom Arbeitgeber angekündigten Gründung einer neuen BVD-GmbH zum 1. Januar 2022 zu thematisieren. So fordert der dbb etwa, dass sich vorhandenen Beschäftigten zukünftig nichts ändert. Das soll sowohl für den Arbeitsvertrag mit Fraport, als auch für die derzeit bestehenden tariflichen Arbeitsbedingungen gelten. Die Arbeitgebervertreter haben ihrerseits im Detail vorgestellt, mit welcher Entwicklung im BVD-Bereich in den nächsten Jahren gerechnet wird. Zudem wurden weitere Probleme besprochen, die aus der Gründung einer BVD-GmbH folgen würden, beispielsweise mögliche Auswirkungen auf die Betriebsratsstruktur und den Umgang mit Neueinstellungen im Konzern. Die dbb Verhandlungskommission wird

nun intern beraten, wie weiter vorgegangen werden soll.

Am 19. Mai 2021 traf sich der **dbb**, handelnd für seine Fachgewerkschaft **komba**, mit der Geschäftsführung der Rettungsdienst Märkisch-Oderland GmbH zur Fortsetzung der laufenden Tarifverhandlungen. Dabei haben sich die Parteien bereits in einigen Punkten verständigt, etwa bezüglich der Einführung einer betrieblichen Kommission zur Bearbeitung von Anträgen oder Vorschlägen zum verkürzten oder verlängerten Stufenaufstiegen. In anderen Punkten liegen die Positionen aber noch weit auseinander: So fordert der dbb die Reduzierung der arbeitszeitschutzrechtlichen Höchstarbeitszeit auf 45 Stunden pro Woche. Ein weiterer Knackpunkt ist das Verfahren zur leistungsorientierten Bezahlung. Die Verhandlungen werden am 10. Juni 2021 fortgesetzt.